



Vierteljähriger Chroniken- und Nachrichten-Sammler in Breslau 2. Th. außerhalb incl.
Post 2 Thlr. 11/4 Gr. Inserationsgebühr für den Raum einer
fünfseitigen Seite in Beilichtdruck 1/4 Gr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
amtshäuser Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 178. Mittag-Ausgabe.

Bierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 17. April 1863.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Wien, 16. April. Die „Generalcorrespondenz aus Österreich“ widerspricht dem Gericht, daß der Cardinal Antonelli durch den Nunzio Uucca ersezt werden solle.

Triest, 16. April. Die Deputation der griechischen Nationalversammlung ist auf ihrem Wege nach Kopenhagen hier angelkommen. Gleichzeitig sind Nachrichten aus Athen eingetroffen. Die Nationalversammlung hat ein neues Ministerium ernannt, bestehend aus dem Professor Koraiku als Präsidenten, Delhanni, Neuzeres; Boharis, Krieg; Boudouris, Marine; Paleologos, Justiz; Kumundurus, Finanzen; Petnezas, Inneres; Callironas, Unterricht. Die Versammlung votierte ferner der englischen Regierung für das Anerbieten, die ionischen Inseln mit Griechenland zu vereinigen, ihren Dank. Der englische Gesandte Elliot erwiederte bei Empfang dieses Beschlusses, er zweiste nicht, daß seine Regierung Maßregeln treffen werde, die Vereinigung schleunig zu verwirklichen. Mr. Elliot hat sich demnächst nach Corfu begeben.

Frankfurt a. M., 16. April. In der heutigen Bundesversammlung hielt Dänemark die Bekanntmachung vom 30. v. M. betreffend die Herzogthümer mit. Das Präsidium trug unter entschiedener Wahrung aller dem Bunde zustehenden Rechte und Ansprüche darauf an, die Mittheilung an die vereinigten Ausschüsse zur Begutachtung zu überweisen. Nachdem die Versammlung demgemäß beschlossen, machte Österreich die Eröffnung, daß es, ohne der Behandlung der Sache durch den Bund vorgreifen zu wollen, bereits in Kopenhagen gegen den Erlass vom 30. Einsprache erhoben habe. Auch Preußen erklärte, bereits direkt Bewahrung eingelegt zu haben. Hannover behielt sich vor, gegen das eigenmächtige Vorgehen Dänemarks einen besondern Antrag einzubringen. (Zum Theil schon gemeldet.)

Rom, 15. April. Im „Giornale di Roma“ dementirt Cardinal Penatti die gegen die weltliche Gewalt des Papstes gerichteten Ausdrücke, welche ihm gelegentlich seiner Eidesleistung zugeschrieben wurden. Die Königin von Neapel ist am 13ten Nachts hier angelkommen und am Bahnhofe vom Könige, ihrer Familie und vielen Personen empfangen worden.

Konstantinopel, 15. April. Hassan Pasha, früher Gouverneur in den Dardanellen, hielt seinen feierlichen Einzug als Gouverneur in Philippopol. Das auswärtige Amt in Teheran widerrief die früher von ihm gebrauchte Nachricht wegen des Falles von Herat. Am 9. d. wurde in Smyrna der neue Gouverneur, Ahmet Pasha, von der gesammten Bevölkerung mit großer Befriedigung empfangen.

Preussen.

Berlin, 16. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allernächst geruht: dem General-Kriegs-Zahlmeister, Geheimen Kriegsrath Wilcke bei der General-Militär-Kasse, den königl. Kronen-Orden dritter Klasse, und dem Intendantur-Sekretär, Rechnungsgerath Schöen bei der Intendantur des Garde-Corps den königl. Kronen-Orden vierter Klasse zu verleihen; so wie den Kaufmann L. Kniffeler in Nagasaki zum Vice-Consul daselbst zu ernennen.

Dem Ingenieur A. Neufeld zu Weiter a. d. Ruhe ist unter dem 13. April 1863 ein Patent auf eine als neu und eigenhändig erachtete, als Pumpe und zugleich als Dampfmaschine anzusehende Vorrichtung in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umgang des preußischen Staates ertheilt worden.

Der bisherige Gerichts-Ärztler Mehing in Posen ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Spremberg und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Frankfurt, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Höverswerda, ernannt worden. (St. A.)

Berlin, 16. April. Se. Maj. der König haben allernächst geruht: dem General-Major von Briesen, Commandeur der 22. Infanterie-Brigade, zur Anlegung des von des Großherzogs von Sachsen-Altenburg Hoheit ihm verliehenen Komthur-Kreuzes zweiter Klasse des Ordens vom Bähringer Löwen, dem Oberst-Lieutenant Freiherrn von Richthofen, Commandeur des westfälischen Ulanen-Regiments Nr. 5, zur Anlegung des von des Herzogs von Sachsen-Altenburg Hoheit ihm verliehenen Komthur-Kreuzes zweiter Klasse des herzoglich sachsen-ernestinischen Haus-Ordens, dem Seconde-Lieutenant Prinzen Albert von Sachsen-Altenburg vom westfälischen Ulanen-Regiment Nr. 5, zur Anlegung des von des Herzogs von Anhalt-Dessau Hoheit ihm verliehenen Großkreuzes vom herzoglich anhaltischen Gesamtkreuz, und dem Sergeanten Pohl vom 3. thüringischen Infanterie-Regiment Nr. 71, zur Anlegung der von des Fürsten zu Schwarzburg-Rudolstadt Durchlaucht ihm verliehenen Ehren-Medaille, die Erlaubniß zu ertheilen.

Berlin, 16. April. [Se. Majestät der König] besichtigten heute Morgen auf dem Exercierplatz bei Moabit das 1. Bataillon des Garde-Jäger-Regiments und empfingen dann den Vortrag des Militär-Kabinetts. Um 12 Uhr fuhren Se. Majestät nach dem Neuen Palais bei Potsdam, um das Lehr-Infanterie-Bataillon bei seinem Zusammenritt zu sehen. (St.-Anz.)

Pl. Berlin, 15. April. Mit einiger Spannung sah man heute den Sitzung des Abgeordnetenhauses entgegen, man erwartete Vieles von der Zweiten Interpellation in der schleswig-holsteinischen Frage, weniger von der Antwort des Ministers, als von der Motivierung des Interpellanten und den Ausführungen Anderer, welche sich ihm anschließen wollten. Diese Reden, welche der Ausdruck der Meinung der preußischen Volksvertretung sind, bilden ein sehr bedeutungsvolles Dokument, welches das preußische Abgeordnetenhaus vor den Augen der öffentlichen Meinung Europa's deponirt; Dokumente, in denen das preußische Volk seinerseits bekundet, daß es in den brennenden Fragen der auswärtigen Politik einen himmelweit verschiedenen Standpunkt einnimmt, als die zeitige Regierung, den Standpunkt eines freien Fortschritts, der Wahrung der Interessen Preußens als Großmacht, der Einheit, des Ansehens und der Ehre Deutschlands. So wird bei der einstigen Verurtheilung Preußens durch das Ausland wenigstens das preußische Volk von der Politik des Ministeriums Bismarck unterschieden werden können und müssen. — Der wackere Zweite hat übrigens umfangreiches Material gesammelt, welches seiner Interpellation zur Motivierung dienen soll. Man sprach heute davon, daß noch Zusätze zu der ursprünglichen Fassung beantragt werden sollten. Die Bestätigung ist abzuwarten. Ein bekanntes Mandat der Feudalen, zu welchem übrigens ein hervorragendes Mitglied der Partei, Herr v. Bismarck, zur Zeit Ministerpräsident, das Signal gegeben, und welches alles Mögliche den Demokraten in die Schuhe schiebt, will ihnen auch jetzt wieder das Auftreten Dänemarks bei der Incorporation Schleswigs aufbürden. Darüber und über den Umfang der Beantwortung der Zweiten Interpellation soll die dem Ministerium unstrittig nahe stehende brave Zeidler'sche Correspondenz Auskunft ertheilen. Dieselbe eifert also:

„Die schleswig-holsteinische Sache gibt den demokratischen Blättern einen erwünschten Anlaß, um wieder einmal über Preußens Isolierung und Schwäche heuchlerische Phrasen zu machen. Sie behaupten, daß nur das Herzögl. der preuß. Regierung mit dem Volke Dänemark zu seinem jetzigen Auftreten ermuthige. Einiges Wahres ist an der Sache, nur freilich nicht in dem Sinne, wie die Demokratie es darstellt. Allerdings mußte Dänemark sich ermuthigt fühlen, wenn es in Preußen eine sogen. Volks-Partei giebt, welche sich nicht scheut, laut zu verkünden, daß sie auch zu dem gerechten Kriege ihre Zustimmung und die Mittel versagen wolle, so lange die jetzige Regierung am Ruder sei. Wenn die dänische Regierung sich die Wahrheit giebt, preuß. demokratische Blätter zu lesen, so muß sie sich täglich durch dieselben zu schrofferem Auftreten ermuthigt finden. Zum Glück kehrt sich unsere Regierung sehr wenig an die großmütigen Phrasen ihrer Gegner. So viel wir hören, bereitet dieselbe im Gemeindesatz mit Österreich diejenigen ersten Schritte vor, welche die Situation gewinnt, und Dänemark wird hoffentlich erfahren, daß eine preuß. Regierung deutsches Recht auch ohne die Sympathien der Demokratie zu schämen weiß.“

Daraus mag sich der Leser einen Verstand machen. Nicht uninteressant ist die folgende Mittheilung der feudalen Correspondenz:

„Es wirkt uns von verschiedenen Seiten bestätigt, daß sich das Einvernehmen zwischen Preußen und Österreich in jüngster Zeit erheblich gebeffert hat, indem man auf beiden Seiten gleichmäßig das Bedürfnis einer Verständigung im Interesse Deutschlands lebhaft empfindet. Die Annahme würde auch auf die weitere Behandlung der Handelsfragen nicht ohne Einfluß bleiben, und wenn es auch zunächst nicht möglich sein wird, den Wünschen auf eine wirkliche Zollvereinigung Befriedigung zu verschaffen, so gelingt es doch vielleicht, weitere Schritte auf der Bahn gegenseitiger Vertrags-Ermächtigung einzuleiten.“

Es correspondirt dies mit allerlei seltsamen Gerüchten, die hier in Umlauf sind und welche ich hier nicht weiter berühren mag. (Wir verweisen auf unsere gestrige Berliner Correspondenz. D. Red.) Man erlebt jetzt allerlei Wunderbares. — Der Nationalfonds, der zwar wenig von sich hören läßt, ist im Stillen eifrig thätig und entspricht in wundiger Weise seinem edlen Zwecke. Wie man hört, ist neuerdings auch eine Subventionirung der „Süddeutschen Zeitung“ beschlossen worden, welche durch das Verbot in Preußen nach allen warmen Kämpfen für unser Vaterland in der Presse, einen empfindlichen Schlag erlitten hat.

[Eröffnung für den Landtag.] Die „B.- u. H.-Z.“ schreibt: „In einigen Berliner Correspondenzen wird unserer Mittheilung, daß die Regierung eine neue wichtige Eröffnung für den Landtag vorhaben, mit großer Sicherheit widersprochen. Nun könnten wir schon jetzt sehr genau angeben, worin jene beabsichtigte Eröffnung bestehen würde, sobald die Regierung sie — worüber jetzt noch nichts feststeht — für angemessen hielte. Ohne unferseits zur Discretion verpflichtet zu sein, glauben wir jedoch, nähere Angaben bis auf Weiteres zurückhalten zu sollen; wir beschränken uns darauf, auszusprechen, daß Niemand ein Recht hat, Dinge hlos darum, weil er nichts davon weiß, zu bestreiten.“

[Dementi.] Die „Nordd. A. Z.“ schreibt: „Die Rhein. Ztg.“ enthält die Mittheilung, daß am Plötzensee bei Berlin unter Leitung des Arbeiters Eichler eine Arbeiter-Colonie angelegt werden solle. Es wird hinzugefügt, daß der Minister des Innern das Project im Widerspruch mit dem Handelsminister durchgesetzt habe. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß der Herr Minister des Innern so wenig wie der Herr Handelsminister von dem angeblichen Projecte irgend welche Kenntnis hat.“ (Wir haben die Nachricht gleich mit: „Nicht gut glaublich“ annonciert. Die Red. d. Bresl. Z.)

[Zur Militärfrage.] In der Wahlmänner-Versammlung wurde folgender Antrag des Herrn Streckfuß angenommen: „Das Abgeordnetenhaus hat durch seine bisherige Thätigkeit und Haltung bewiesen, daß es die von der Regierung vorgeschlagene Heeres-Organisation unter allen Umständen verwerfen wird — entweder auf dem Wege einer Resolution oder auf dem Wege eines Gegen-Gesetzentwurfs in Form eines Amendements. Die Wahlmänner halten jedoch die Resolution für das Wünschenswerthe, vorausgesetzt, daß die liberale Partei dadurch nicht erschüttert werde.“

K. C. Berlin, 16. April. [In der heutigen Sitzung der Militär-Commission] war wiederum kein Minister anwesend; das Kriegs- und Marineministerium war durch fünf Commissarien vertreten. Der Forckenbeck-Behrendt-Gesetzentwurf wurde im Ganzen mit 16 gegen 3 Stimmen (v. d. Leeden, Lüning, Waldeck) angenommen.

Ferner wurden folgende Resolutionen eingebracht und berathen:

I) v. Forckenbeck: Das Haus der Abgeordneten wolle, mit Annahme des von der Commission amendirten Gesetzentwurfs über die Kriegspflicht, gleichzeitig erklären:

I. Es ist dringend erforderlich: a) die Militärgerichtsbarkeit auf rein militärische Vergehen und Verbrechen zu beschränken; b) die Grundlagen der Ausbildung der Offiziere, namentlich durch Aufhebung resp. gänzliche Umformung der Kadettenhäuser zu ändern; c) daß in den Kriegsartikeln verhafte Recht der im Heere dienenden Wehrpflichtigen auf Beförderung zu Offizieren, nach Maßgabe ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten, namentlich die Beförderung von befähigten Unteroffizieren zu Offizieren auch für den Friedenszustand gefestigt zu ordnen und zu sichern, und die tatsächlich bestehende Bevorzugung des Adels in den höheren Offizierstellen zu beseitigen; d) die bei einem mäßigen Friedensheere finanziell zulässige Erhöhung des Soldes der Gemeinen und Unteroffiziere baldigst herbeizuführen.

II. Die Durchführung des angenommenen Gesetzentwurfs über die Kriegspflicht der in denselben vorbehalteten Gelehrten und der ad 1 erwähnten Reformen ist nur einer Staatsregierung möglich, welche das verfassungsmäßige Budget-Recht des Abgeordnetenhauses anerkennt und aufrecht erhält.

III. Behrendt (Danzig): Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, zu erklären: Es liegt im Interesse sowohl der preußischen Marine, als der Kaufs- und Schiffs-Industrie, das Schiffsjungen-Institut soweit auszudehnen, daß mindestens 140 Jögglinge jährlich in derselbe aufgenommen werden.

IV) Hartfort: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, zu erklären: Da es im Interesse der Kriegs-Marine liegt, die Ausbildung der Schiffs- und Handels-Schiffe möglichst gefördert zu sehen, dementsprechend analog der bremer Verordnung vom 14. Oktober 1857, die unter preußischer Flagge fahrenden Handels-Schiffe in folgender Weise zu verpflichten:

ein Schiff von 60 und 100 Last führt wenigstens 1 Jungen,					
= 100	= 200	= 2	=	=	=
= 200	= 350	= 3	=	=	=
= 350	= 500	= 4	=	=	=
= 500		= 5			

Die erste Nummer der Forckenbeck'schen Resolution wurde in einer Resolution des Abg. Birchow präzisiert, ergänzt und erweitert (in Bezug auf das Servitwesen, dem Mißbrauch beim Pensionieren u. dgl.) und dem unter II. ausgesprochenen Misstrauensvotum gegen das jetzige Ministerium ein verstärkter Ausdruck gegeben; doch wollte Birchow die Eingangswoorte „mit Annahme des von der Commission amendirten Gesetzentwurfs“ weglassen, und zwar — wie er motivierend ausführte — weil bei der fortlaufend ablehnenden Haltung des Ministeriums die Sache sich im Hause selbst doch möglicher Weise schließlich anders stellen könnte, wie hier in der Comm.; er wollte nur gesagt wissen, „nach Beschlussfassung über den Gesetzentwurf.“

Der Vertreter des Kriegsministeriums sprach sich gegen die Resolution aus: es schiene ja in der Militärfrage zu geben wie bei den sylvinischen Büchern; je länger man berathe, desto höher steigerten sich die For-

derungen; im Einzelnen erklärte er: an der Militärgerichtsbarkeit halte die Regierung fest, die Kadettenhäuser werde sie nicht aufgeben; man möge also doch endlich die Sache fallen lassen: zur Erledigung derselben sei ja Über-einstimmung aller drei Factoren nötig; die Bevorzugung des Adels in den Offiziersstellen schien der Commissar zu bestreiten; zur Erhöhung des Soldes für Gemeine und Unteroffiziere sei die Regierung gern bereit, wenn die anderen militärischen Ausgaben nicht darunter leiden; über den zweiten Punkt der Resolution, das Misstrauensvotum gegen die Regierung, wolle er sich jeder Bemerkung enthalten.

Bei der Abstimmung wurde die Eingangsformel in der einsachen, die Differenz zwischen den Forckenbeck'schen und Birchowschen Fassung umgehenden Wendung angenommen. Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen zu erklären: „Der erste Punkt der Forckenbeck'schen Resolution (a). — Bevorzugung der Militärgerichtsbarkeit“ wurde mit einem der Birchowschen Resolution entnommen. Zusätzlich wegen Aufhebung der militärischen Ehrengerichte angenommen. — Darauf wurde die Sitzung vertagt.

[Einigung der Parteien.] Die vorstehende Forckenbeck'sche Resolution gilt in Abgeordnetentreffen für ein erfreuliches System im Sinne der Einigung und Verständigung zwischen den in der Majorität obwaltenden Ansichten über die Behandlung der Militärfrage. Die unter II. ausgesprochene Erklärung, daß die Durchführung des Gesetzentwurfs sowie der darin vorbehalteten Gesetzentwürfe der jetzigen Regierung nicht möglich sei, steht der Ansicht derjenigen Abgeordneten, welche der jetzigen Regierung gegenüber und in dem jetzigen Verfassungskonflikt auf einen positiven Gegenentwurf überhaupt nicht eingehen wollen und dem Lande gegenüber eine Resolution für ausreichend halten, so außerordentlich nahe, daß die Hoffnung auf endliche Verständigung innerhalb der bisherigen Majorität dadurch neuen Anhalt gewinnt. Auch sonst wird von den verschiedensten Seiten auf diese Verständigung hingearbeitet. Die vorwissenschaftlichen Seite der Politik zumeist zugewandten Abgeordneten haben in den letzten Tagen eine private Beratung gehalten, bei der der Wunsch, für die Heeresstärke die Zahl von 1859 beizubehalten, allgemein hervorgeholt ist. Gestern haben eine Anzahl Mitglieder der liberalen Majorität (zum größten Theile Mitglieder der Fortschrittspartei; vom linken Centrum ist unter Anderen hr. v. Carlowitz zugegen gewesen) eine Vorbesprechung, mehr vom politischen Gesichtspunkte aus, im Sinne der Nicht-Amendierung gehalten; auch in dieser Versammlung ist der Gedanke der Verständigung leidend gewesen. So läßt Alles sich dazu an, daß die Majorität von 1862 auch die Gefahr von 1863 gemeinsam überwindet.

[Die Militärdebatte im Plenum] wird nicht vor Anfang Mai stattfinden, und man rechnet schon jetzt mit Sicherheit darauf, daß die Session sich bis in den Juni hineinzieht.

Ebing, 16. April. [Die gestern erwähnte Erklärung für Forckenbeck] lautet wie folgt:

„In Nr. 17 des „Kladderadatsch“ ist ein Gedicht enthalten, in welchem gegen unsern verehrten Mitbürgern, den Abgeordneten Rechtsanwalt von Forckenbeck, Angriffe vorkommen, welche hier die lebhafte Indignation hervorgerufen haben.

Wie anderwärts, so findet auch in unserer Mitte die Meinungen darüber getheilt, ob es zweckmäßiger sei, die Militärnovelle zu amenden oder durch einfache Verwerfung und Annahme einer Resolution zu erledigen.

Darin aber sind wir einig, daß, wenn in dem gedachten Spottgedicht — und diesen Eindruck macht dasselbe — die Ehrenhaftigkeit des politischen Charakters des Herrn von Forckenbeck in Zweifel gezogen oder angezweckt werden soll, daß er irgend einer andern Stimme folge, als der seiner politischen Überzeugung, wir es für unsere Pflicht halten, gegen eine solche Verunglimpfung wie hiermit geschickt, öffentlich zu protestieren.“

Ebing, den 15. April 1863.

Im Namen und Auftrage der 466 Mitglieder des Bürger-Vereins.
Der Vorstand.

Philipps. Wiedwald. Kreyzig. Dr. Büttner.
Dr. Plaschick. Anton Schmidt. A. Schack.

Oesterreich.

Wien, 16. April. [Personal-Nachrichten.] Arthur Görgey soll, wie die „A. C.“ meldet, um die Erlaubniß nachgesucht haben, Klagenfurt mit einem andern Aufenthaltsorte vertauschen zu dürfen: — Tel. Pustowojtoff soll heute in Wien angekommen sein. — Übermorgen wird die Deputation aus Athen, welche sich nach Kopenhagen begibt, um dem Prinzen Christian Wilhelm die griechische Krone anzubieten, auf der Durchreise nach Kopenhagen hier einzureisen.

